

Rede Gerd Will

Plenum 23.10.2014

Zukünftige Infrastrukturpolitik für Niedersachsen-mobilitätssichernd, nachhaltig, bezahlbar

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/1981](#)

Anrede,

Bereits bei der Einbringung dieses Antrags haben wir über die Notwendigkeit, mehr Projekte zu finanzieren, diskutiert. Dazu ist es unerlässlich, dass der Bund den Ländern mehr Mittel für Investitionen für Straßen, Schienen und Kanäle zur Verfügung stellt. Das Land kann im Rahmen der Auftragsverwaltung Planungen vorantreiben, um Baureife zu erlangen. Und das nicht nur für den Neubau, sondern auch für die in die Jahre gekommene Infrastruktur. Daneben geht es um neue Steuerungssysteme, Kundenfreundlichkeit, bessere und schnellere Information.

Anrede,

Beim Streik der GDL haben wir wieder erlebt, dass nur die DB Züge im Netz waren – auch die ausgefallenen, aber nirgendwo ein Hinweis auf Regionalzüge der Wettbewerber, die trotzdem unterwegs waren. Mobilitätssicherung und Kundenfreundlichkeit sehen anders aus. Jeder, der aus Verärgerung bzw. wegen fehlender Information wieder auf das Auto umsteigt, ist für den ÖPNV/SPNV nur schwer zurück zu gewinnen.

Anrede,

Zu begrüßen ist, dass der Bund die Investitionsmittel für die Bahn erheblich erhöhen will, allerdings bei gleichzeitiger Gewinnerwartung bzw. Abführung von 500 Mio. Euro an den Gesellschafter. Nichts ist sinnloser als versteuerten Gewinn einer bundeseigenen Eisenbahn (AG) anschließend für Investitionen wieder zurück zu geben.

Das wirft allerdings die Frage auf, wie der Bund es mit den nicht bundeseigenen Eisenbahnen hält. Auch hier sollte der Investitionsansatz erhöht werden, weil gerade Niedersachsen mit über 20 NE-Bahnen auch in diesem Bereich erheblichen Investitionsbedarf hat.

Derzeit lässt das Land acht Reaktivierungsstrecken auf Wirtschaftlichkeit überprüfen. Der Investitionsbedarf wird auch hier steigen. Dazu muss der Bund auch einen steigenden Beitrag leisten.

Anrede,

Zu begrüßen ist auch die Einigung der Verkehrsminister der Länder auf Bundesebene über die zukünftige Finanzierung des Nahverkehrs durch die sogenannten Regionalisierungsmittel. Eckpunkte sind ein neuer Verteilschlüssel zwischen den Ländern und die gemeinsame Forderung statt 7,3 Mrd. Euro bedarfsgerecht 8,5 Mrd. Euro für die Länder zur Verfügung zu stellen. Danke an Olaf Lies über dieses gemeinsame gute Verhandlungsergebnis. Es ist unter schwierigen Bedingungen zustande gekommen, trotz der Vorbelastungen von Schwarz-Gelb hier in Niedersachsen.

Richtig, Sie haben ja gar nichts zu Stande gebracht, außer Zweckentfremdung als Verhandlungshypothek. Umso mehr kann sich das Verhandlungsergebnis der Verkehrsminister sehen lassen. Wir danken auch dem Ministerpräsidenten für die klare Verhandlungslinie mit dem Bundesfinanzminister in dieser Sache. Es bleibt die Forderung neben den Regionalisierungsmitteln auch die Entflechtungsmittel als eigenständigen Ansatz über 2019 hinaus ab zu sichern. All das wird Grundlage sein, unseren Nahverkehr in Niedersachsen – ob durch Eisenbahn, Straßenbahn oder Bus – für die Herausforderungen der Zukunft, fit zu machen.

Der Bund hat den Regionalverkehr bereits 1996 an die Länder abgegeben. Wir brauchen zur Aufgabenerfüllung und zur Weiterentwicklung dieser Aufgabe eine verlässliche und zügige Regelung. Hier ist der Bund jetzt gefordert.

Anrede,

Da Sie ja weiter nur in Beton denken und argumentieren, ist unser Antrag für eine neue Verkehrspolitik, die mobilitätssichernd, nachhaltig und bezahlbar ist, als Leitlinie umso

wichtiger. Sie erzählen sich Märchen über Ausbau von Projekten, ohne im Einzelfall überhaupt Verantwortung zu übernehmen. Nehmen wir z.B. die Y-Trasse. Zehn Jahre haben Sie das Projekt nicht vorangebracht. Die neuen Ausbauvarianten der Y-Trasse mit der Ergänzung im Ausbau vorhandener Strecken führt bei Ihnen vor Ort in der Regel dazu, dass Sie keiner Variante zustimmen können und lieber in den Kreistagen beschließen, auf keinen Fall vorhandene Strecken aus zu bauen.

Wir haben uns auch in Oppositionszeiten zu einer verlässlichen Verkehrspolitik für Niedersachsen bekannt, auch bei der Y-Trasse. Von Ihnen kann man wegen Ihrer populistischen und unverantwortlichen Haltung vor Ort nichts mehr erwarten. Das schadet dem Land und einer verlässlichen Verkehrspolitik. Macht allerdings auch deutlich, dass dieses Land nicht wieder in Ihre Hände fallen darf. Stagnation wie zu Ihren Zeiten wird es in der Verkehrspolitik in Niedersachsen mit Rot-Grün nicht geben.